

Nein zum Krieg – Nein zur Aufrüstung!

1. Für ein sofortiges Ende des Krieges in der Ukraine!

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein nicht zu rechtfertigendes Verbrechen. Tagtäglich greift die russische Armee Wohnviertel an, bombardiert zivile Infrastruktur, auch Schulen und Krankenhäuser, tötet und verwundet Kinder, Frauen und Männer und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Die Verantwortung hierfür trägt die russische Regierung. Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung in der Ukraine, den Millionen von Menschen, deren Leben zerstört wird. Unsere Solidarität gilt den Ukrainer:innen und ihrem mutigen Widerstand sowie den Russ:innen, die trotz harter Repression gegen diesen Krieg ihrer Regierung protestieren. Wir fordern einen sofortigen Stopp der Kämpfe und eine unverzügliche Waffenruhe. Die russischen Truppen müssen schnellstmöglich aus der Ukraine abgezogen werden!

2. Waffen schaffen keinen Frieden!

Dieser Krieg führt uns das enorme Eskalationspotential von Kriegen vor Augen: Erstmals seit dem Jahr 1989 ist eine militärische Konfrontation zwischen Atommächten und der Einsatz von Atomwaffen im Krieg eine konkrete Option. Es kann keine militärische Lösung dieses Konflikts geben. Zur Rettung der Menschheit muss eine nukleare Aufrüstungsspirale verhindert werden: In der ganzen Welt müssen Atomwaffen geächtet, verboten und vernichtet werden! Waffenlieferungen tragen nicht zur Deeskalation bei, sondern verlängern den Krieg und weiten ihn aus. Wir lehnen deshalb Waffenexporte grundsätzlich ab!

3. Nieder mit Krieg und Kapitalismus!

Der Krieg in der Ukraine ist das Ergebnis einer Weltordnung, die durch geopolitische Konflikte zwischen Großmächten bestimmt ist. In dieser Welt wetteifern Staaten und ihre jeweils herrschenden Klasse um Einflussphären und Absatzmärkte, um den Zugriff auf fossile Ressourcen und seltene Erden, um Zugang zu Wasser und zu Transportwegen. Seit Jahren konkurrieren sowohl Russland als auch Nato und Europäische Union (EU) um die Ukraine. Die Osterweiterung der Nato und die Assoziierungsabkommen der EU sind Teil dieses langen Machtkampfs. Viele Linke irrten in ihrer Haltung und Einschätzung zu Russland. Sie irrten aber nicht in ihrer grundsätzlichen Kritik an der Nato. Der Krieg Russlands macht die Kriege der Nato nicht vergessen. Die Nato ist und bleibt ein Militärpakt zur Durchsetzung imperialistischer Interessen westlicher Staaten. Wir hingegen kämpfen für eine Welt der internationalen Solidarität, jenseits aller imperialen Lager.

4. Gegen Aufrüstung und Militarisierung!

In Deutschland will die Regierung aus SPD, Grünen und FDP – mit Unterstützung von CDU/CSU – in Rekordzeit ein milliardenschweres Aufrüstungsprogramm durchsetzen. Doch bereits in den vergangenen Jahren wurde der Militärhaushalt extrem erhöht, schon heute gibt der Westen jährlich eine Billion Dollar für seine Militärapparate aus, sind die Streitkräfte der NATO-Mitgliedsländer der russischen Armee überlegen – nichts davon hat den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhindert. Mit dem von Kanzler Olaf Scholz angekündigten 100-Milliarden-Sondervermögen der Bundeswehr, mit der raschen Umsetzung des Nato-Ziels, jährlich 2 Prozent des Bruttosozialprodukts in Rüstung zu stecken, und der geplanten Beschaffung von Kampfdrohen und atomwaffenfähigen Kampfjets werden lang gehegte Pläne zur Stärkung der Militärmacht Deutschland realisiert. Diese Pläne zur Aufrüstung Bundeswehr stoßen auf unseren Widerstand, denn das Geld wird an anderer Stelle fehlen, etwa bei Bildung oder Gesundheit, und der sozial-ökologischen Transformation. Eine aus dem Angriffskrieg auf die Ukraine resultierende Großinvestition der Bundesregierung müsste stattdessen in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Wir versammeln uns hinter dem Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“.

5. Asyl für Geflüchtete und Deserteure!

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) geht davon aus, dass aufgrund des Ukraine-Kriegs mindestens 4,5 Millionen Menschen aus ihrem Heimatland vertrieben werden. Diese Geflüchteten müssen jetzt unbürokratisch und schnell aufgenommen werden und Perspektiven über die erste schnelle Hilfsbereitschaft hinaus erhalten. Wir verteidigen das Recht auf Asyl universell. Dieses Recht sollte auch für Deserteure der russischen und der ukrainischen Armee gelten; niemand darf zum Krieg gezwungen werden. Unsere Solidarität gilt allen Menschen auf der Flucht! Wir fordern eine diskriminierungsfreie Aufnahme aller Kriegsgeflüchteten in Deutschland unabhängig von Kriegsgebiet, Nationalität und Hautfarbe. Darüber hinaus fordern wir ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht für alle Menschen auf der Flucht. Wir begrüßen die derzeitige Vereinfachung von Aufenthaltsrecht und Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystemen sowie zum Arbeitsmarkt für Flüchtende aus der Ukraine insbesondere die Aussetzung der Einzelfallprüfung. Diese Praxis sollte auf Flüchtende und Schutzsuchende generell ausgeweitet werden.

6. Solidarität mit der russischen Opposition!

Wir sind solidarisch mit den Menschen, die in Russland für Frieden demonstrieren und aufgrund ihres Protests hohe Haftstrafen riskieren. Wir wollen dazu beitragen, die Friedensbewegungen weltweit zu stärken. Der Abbruch von kulturellen oder akademischen Partnerprogramme ist kaum geeignet, die Voraussetzungen für eine friedliche Welt zu verbessern. Wir unterstützen die weltweiten Proteste gegen den Krieg. Insbesondere erklären wir uns solidarisch mit den Protesten in Russland und Belarus, die erheblicher Repression ausgesetzt sind. Antirussischen Ressentiments hierzulande stellen wir uns entgegen.

7. DIE LINKE. Neukölln aktiv gegen Krieg und Aufrüstung!

Als DIE LINKE. Neukölln wollen wir aktiv werden gegen Krieg und Aufrüstung. Wir möchten mithelfen, eine neue Friedensbewegung aufzubauen und darin unsere Position gegen Krieg und Aufrüstung zu stärken. Wir wollen in diesen schwierigen Zeiten uns stark machen für eine Welt ohne Kriege und Kapitalismus. Wir bitten die Basisorganisationen, mit Hilfe des Appells „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ das Gespräch mit Bürger:innen in den Kiezen und auf der Straße zu suchen und bei Infoständen, Haustürgesprächen oder anderen Anlässen die Diskussion Unterschriften zu sammeln. Wir bitten den Bezirksvorstand, in Vorbereitung des nächsten Bundesparteitags eine öffentliche Veranstaltung zur friedenspolitischen Programmatik unserer Partei durchzuführen. Einer Verwässerung der friedenspolitischen Positionen unserer Partei wollen wir uns entgegenstellen. Außerdem möchten wir gemeinsam eine Struktur (z.B. eine Arbeitsgemeinschaft Frieden) in der LINKEN Neukölln aufbauen, die sich dem Thema Frieden widmet und den Aufbau der Friedensbewegung konkret vorantreibt. Wir bitten alle Mitglieder, an Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine teilzunehmen.